



Barthle-Brief

Nr. 1

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

14.2.2014

Thema der Woche:

Deutsche Wirtschaft wird 2014 und 2015 kräftig wachsen Neue Bundesregierung legt ersten Jahreswirtschaftsbericht vor

An diesem Donnerstag gab der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, seine erste Regierungserklärung zum Jahreswirtschaftsbericht 2014 vor dem Parlament ab. Im Anschluss daran debattierte der Deutsche Bundestag die wirtschaftspolitischen Schwerpunkte der neuen Bundesregierung, wie sie das Kabinett einen Tag zuvor im Jahreswirtschaftsbericht 2014 beschlossen hatte.

Unter dem Titel „Soziale Marktwirtschaft heute – Impulse für Wachstum und Zusammenhalt“ bringt der Jahreswirtschaftsbericht sehr gut zum Ausdruck, welche Aspekte die Koalition in den kommenden vier Jahren besonders betonen wird. Der Bericht orientiert sich konsequent am Koalitionsvertrag und ist somit Ausdruck zuverlässiger und guter Zusammenarbeit der Regierungspartner. Die zentralen Ziele von CDU und CSU, nämlich der Haushaltsausgleich 2015 und die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit insbesondere durch nationale Reformen, werden umfassend gewürdigt. Mit Blick auf den Mindestlohn strebt die Bundesregierung eine Ausgestaltung an, die keine Arbeitsplätze gefährdet. Das war und ist der Union immer besonders wichtig.

Der Jahreswirtschaftsbericht enthält auch eine aktuelle Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für 2014. So erwartet die Bundesregierung im Zuge einer breit angelegten, stetigen Aufwärtsbewegung ein Wirtschaftswachstum von rund 1,7 Prozent – nach 0,4 Prozent im Jahr 2013. Die Erwerbstätigkeit steigt voraussichtlich um 240.000 Personen auf 42,1 Millionen an und steuert damit auf einen weiteren Rekordwert zu. Die positive wirtschaftliche Einschätzung der Bundesregierung deckt sich mit

der aus der Wirtschaft. So hat auch der Deutsche Industrie- und Handelskammertag seine Prognose für 2014 von 1,7 auf zwei Prozent erhöht. Die deutschen Unternehmer sind offenbar in bester Stimmung.

In einer Stellungnahme bewerten die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und auch der Parlamentskreises Mittelstand das Bekenntnis der Bundesregierung zur weiteren Haushaltskonsolidierung und die geplante Absenkung der gesamtstaatlichen Schuldenstandsquote auf unter 70 Prozent des BIP bis Ende 2017 und auf unter 60 Prozent des BIP innerhalb von zehn Jahren besonders positiv. „Die hervorragende Prognose für die wirtschaftliche Entwicklung in 2014 zeigt, dass die deutsche Industrie und mittelständische Wirtschaft weiter Rückenwind haben. Für die Politik gilt, sich nicht auf diesen Lorbeeren auszuruhen, sondern den wirtschaftlichen Erfolgskurs weiter zu flankieren und zu unterstützen. Gleichzeitig müssen jegliche Maßnahmen vermieden werden, die die positive Entwicklung und das Wachstum wieder verlangsamten oder gar gefährden könnten. Die wirtschaftspolitischen Herausforderungen bleiben immens, etwa bei den Themen Energiewende oder Euro-Krise. Wir begrüßen, dass der diesjährige Jahreswirtschaftsbericht an der bewährten Wirtschaftsstrategie der vergangenen unionsgeführten Bundesregierung festhält.“

Die hervorragende Wirtschaftsentwicklung dürfe aber nicht gefährdet werden. So seien eine positive Wirtschaftsentwicklung und die Rekordbeschäftigung keine Selbstläufer. Vielmehr gelte es, bei dem Thema Arbeitsmarkt größte Sorgfalt bezüglich neuer Gesetzgebung an den Tag zu legen.

„Keine zusätzlichen Anreize für den Zuwachs von Schattenwirtschaft und Festhalten am Ziel, die Sozialversicherungsbeiträge konstant unter 40 Prozent zu halten! Auch die rentenpolitischen Vorhaben erfordern viel Augenmaß bei der Umsetzung. Angesichts des demografischen Wandels gilt, dass alle diejenigen, die es vermögen, in der Perspektive eher länger anstatt kürzer arbeiten müssen. Fehlanreize zum Beispiel für neue Frühverrentungswellen sind also tunlichst zu vermeiden.“

Weitere wichtige Themen sind die Umsetzung der Energiewende, der Bürokratieabbau, die Eindämmung der kalten Progression sowie weitere Erleichterungen im Unternehmenssteuerrecht. „Wir freuen uns, dass der Bundeswirtschaftsminister auf ein ideologiefreies Verhältnis von Markt und Staat setzt und Deutschland im Sinne von „So viel Markt wie möglich und so wenig Staat wie nötig“ voranbringen möchte. Hier hat er unsere volle Unterstützung!“

ten 🗳️ Kurznachrichten 🗳️ Kurznachrichten 🗳️

Sicherung der Oppositionsrechte

Der Deutsche Bundestag befasste sich an diesem Donnerstag mit einem Gesetzentwurf „Zur Sicherung der Oppositionsrechte in der 18. Wahlperiode“. Ziel der gemeinsamen Initiative von Linksfraktion und Bündnis 90/Die Grünen ist es, die Kontrollrechte der Opposition gegen die Große Koalition zu wahren. Die Geschäftsordnung des Bundestages und zahlreiche gesetzliche Regelungen seien nicht auf eine Situation ausgerichtet, in der die Koalitionsfraktionen über mehr als zwei Drittel der Bundestagssitze verfügen, so Grüne und Linke zur Begründung ihres Entwurfs.

Hintergrund: Die beiden Oppositionsfraktionen zusammen sind von den Wählern mit gerade einmal 20,1 Prozent der Sitze im 18. Deutschen Bundestag ausgestattet worden.

In einem Beitrag an seine Fraktion schrieb der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Kauder: „Statt über die Folgen ihres schwachen Abschneidens bei den Bundestagswahlen zu klagen, sollten sich Linke und Grüne eher fragen, warum ihre inhaltlichen und politischen Angebote die Wähler so wenig überzeugt haben.“

Um die Diskussion um eine angeblich rechtlose Opposition zu beenden, legte die Koalition einen eigenen Vorschlag zur Änderung der Geschäftsordnung vor. Die Änderungen werden auf diese Wahlperiode beschränkt, denn vom Grundsatz her haben sich die bisherigen Regelungen in Sachen Minderheitenschutz bewährt. Immerhin verfügte bei der ersten Großen Koalition in den 60er Jahren die Opposition sogar nur über 9,9 Prozent der Sitze. Die FDP hat damals gezeigt, dass man mit genügend Selbstbewusstsein und auch ohne Sonderregelungen die Oppositionsrolle erfolgreich ausfüllen kann.

Ausgangspunkt der jetzigen Überlegungen sind die Vorschläge des Bundestagspräsidenten, der dem Ältestenrat einen umfangreichen Katalog von Verbesserungen der Handlungsmöglichkeiten für die beiden Oppositionsfraktionen vorgeschlagen hatte. Sie können künftig die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen und Enquetekommissionen, die Einberufung des Bundestages oder die Durchführung von öffentlichen Anhörungen durchsetzen, auch wenn sie die Quoren dafür nicht erfüllen. Außerdem werden den Oppositionsfraktionen Redeanteile in den Plenardebatten eingeräumt, die bis zu 32 Prozent über ihrem aus dem Wahlergebnis abgeleiteten Anteil liegen. Rede und Gegenrede in der Debatte lassen sich hiermit hervorragend organisieren, wenn auch die kleinen Fraktionen die Chance zum Einsatz mehrerer Redner nutzen.

Ausschuss „Digitale Agenda“

Erstmals in der Geschichte des Deutschen Bundestages wird es einen ständigen Ausschuss geben, der sich mit Fragen der Netzwelt beschäftigt. Der Ausschuss mit dem Namen „Digitale Agenda“ wurde an diesem Donnerstag eingesetzt. Dem Ausschuss gehören 16 Mitglieder, darunter sieben von CDU und CSU, an. Mit ihm wird eine parlamentarische Plattform geschaffen, auf der die fortschreitende Digitalisierung unserer Gesellschaft in allen Bereichen nicht nur begleitet, sondern auch mitgestaltet werden kann.

Das Ziel ist anspruchsvoll. Denn die Koalitionsfraktionen wollen nicht nur den Koalitionsvertrag in puncto Digitalisierung umsetzen, sondern dieses neue Gremium soll auch Schnittstelle zu anderen Ausschüssen sowie

Impulsgeber sein. Darüber hinaus hat der Ausschuss „Digitale Agenda“ die Aufgabe, alle mit der Netzwelt zusammenhängenden Themen – vom Breitbandausbau über intelligente Mobilität und Smart Grids (intelligente Stromnetze) bis hin zu E-Health (Anwendungen elektronischer Geräte zur medizinischen Versorgung) und Industrie 4.0 – zu bündeln und mit eigenem Sachverstand zu unterstützen.

Eine wichtige Frage wird sein, wie die Gesellschaft mit der rasanten Veränderung durch die Digitalisierung umgeht. Wir sehen die Aufgabe des Ausschusses und der Fraktions-Arbeitsgruppe auch darin zu klären, „wo die Rolle der Politik liegt, wie groß der Gestaltungswille der Gesellschaft ist und wie man gemeinsam den digitalen Wandel gestalten kann. Ein weiteres Ziel ist es, der öffentlichen und parlamentarischen Diskussion immer einen Schritt voraus zu sein. Durchschnittlich drei Monate weiter zu sein, ist ein gutes Ziel.

Hintergrund: Im Koalitionsvertrag hat sich die große Koalition auf die Fahnen geschrieben, für alle Ressorts eine digitale Agenda 2014 bis 2017 zu beschließen und ihre Umsetzung gemeinsam mit Wirtschaft, Tarifpartnern, Zivilgesellschaft und Wissenschaft zu begleiten. Dazu zählen unter anderem die Vorhaben, Deutschland zum digitalen Wachstumsland Nummer eins in Europa zu machen, und die Informations- und Kommunikations-Strategie (IKT-Strategie) für die digitale Wirtschaft weiterzuentwickeln. Außerdem sollen die Bereiche Industrie 4.0, intelligente Mobilität, E-Health und Sicherheit Schwerpunkte bilden, um die Position der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt zu festigen. Union und SPD machen im Koalitionsvertrag zudem deutlich, dass es nötig ist, einen neuen Gründergeist in Deutschland zu wecken. Eine weitere Schlüsselaufgabe ist der Breitbandausbau.

Zitat:

„Wir müssen den Menschen doch ehrlich und mit Arsch in der Hose sagen, dass der Ausstieg aus der Atomenergie auch Folgen hat.“

Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) in der Debatte um den umstrittenen Ausbau der Stromnetze)